

zu TOP .....

Mainz, 19.01.2024

## Anfrage 0191/2024 zur Sitzung am 31.01.2024

### Fairständige Verwaltungssprache (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

2021 hat die Verwaltung die letzte Auflage der Broschüre“ *Fairständige Verwaltungssprache*“ herausgegeben. Ziel war es, allen Mitarbeiter:innen Anregungen für eine verständliche Sprache für die Kommunikation mit den Bürger:innen zu bieten. Die Verwaltungssprache sollte für alle Mainzerinnen und Mainzer verständlicher werden. Damit sollte gewährleistet werden, dass die Bürger:innen fair beim Gebrauch der Fachsprache der Verwaltungssprache behandelt werden.

Auf der Internetseite der Stadt Mainz sind erste Seiten in leichter Sprache zu finden, insgesamt handelt es sich um 5 übersetzte Seiten. Ein Anfang wurde damit gemacht, der allerdings noch sehr ausbaufähig ist.

Wir fragen an:

1. Ist nach Meinung der Verwaltung die Sprache der Verwaltung in Briefen, Bescheiden, Broschüren und Telefonaten seit 2018 verständlicher geworden? Wurde dieses Ziel bereits erreicht?
2. Wenn ja, woraus leiten sie diese Einschätzung ab?
3. Wenn nein, welche weiteren Maßnahmen sind geplant?
4. Insbesondere interessieren uns dabei die Entwicklungen über das Amt für Soziale Leistungen hinaus, im Bürgeramt, im Bauamt, in der Ausländerbehörde und in den anderen Ämtern.
5. Können sie uns positive Beispiele der Umsetzung aus dem Alltag benennen?
6. Welche konkreten Maßnahmen wurden über die Broschüre hinaus ergriffen, um die selbstgesteckten Ziele zu erreichen?
7. Wurden z.B. seitdem die neuen Infobroschüren vor der Herausgabe auf die Verständlichkeit hin überprüft?

8. Gibt es eine Stelle in der Verwaltung, die die Mitarbeiter:innen auf Wunsch bei der Formulierung ihrer Bescheide und Briefe berät?
9. Gab es im Fortbildungsprogramm für die Mitarbeiter:innen Schulungsangebote zu dem Thema?
10. Wurden eventuell Schulungen oder Übersetzungsaufträge an ein Büro in Mainz oder ein anderes Büro vergeben?
11. Inwieweit werden die §8 Gestaltung von Bescheiden und Vordrucken und §9 Verständlichkeit und leichte Sprache **des Landesgesetzes zur Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen** in der Verwaltung umgesetzt?
12. Will die Verwaltung in Zukunft ihre Ziele zur Umsetzung einer *fairständlichen* Verwaltungssprache aufrechterhalten?
13. Wenn ja, wie soll dieses Ziel zukünftig erreicht werden?

Ruth Jaensch  
(Mitglied des Stadtrats)